

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE  
"NEIN ZUR SCHWAECHUNG UNSERER ARMEE"

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern, Tel. 031/44 58 94

---

An die Redaktionen der  
Deutschschweizer und räto-  
romanischen Medien

---

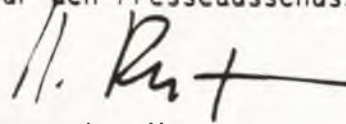
Bern, 26. Januar 1987

Sehr geehrte Damen und Herren

In der zweiten Ausgabe unseres Pressedienstes stellen wir Ihnen drei Artikel zum unentgeltlichen Abdruck zur Verfügung. FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (ZH) macht in seinem Beitrag auf die Verhältnismässigkeit der Kosten für unsere Landesverteidigung aufmerksam und belegt anhand eines Initiativtextauszuges, dass mit Hilfe des Rüstungsreferendums die Modernisierung unserer Armee verhindert werden soll. Auch Nationalrat Dr. Willy Loretan (FDP/AG) gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass die Initianten des Rüstungsreferendums die Schwächung unserer Landesverteidigung erreichen wollen und ihre wahren Absichten hinter dem Schlagwort "mehr Demokratie" und dem Argument des Sparens verstecken. Ein dritter Beitrag schliesslich gibt zu bedenken, dass hinter dem Rüstungsreferendum eine bereits abstimmungsreife Initiative auf die Abschaffung unserer Armee zielt und dass die Unterschriftensammler für beide Volksbegehren zum Teil aus demselben Lager stammen.

Mit freundlichen Grüssen

Für den Presseausschuss



Hanspeter Merz

## SCHLECHT GETARNTER ANSCHLAG

=====

### Rüstungsreferendum contra glaubwürdige Armee

von FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti, Hettlingen (ZH)

Es wird aus Kreisen der Initianten des Rüstungsreferendums, das am 5. April zur Abstimmung kommt, geltend gemacht, die Kosten der Landesverteidigung seien zum Nachteil anderer Bundesaufgaben besonders hoch. Alle verfügbaren und nicht bestreitbaren Zahlen beweisen, dass im Verlaufe der letzten 25 Jahre der Anteil der Militärausgaben an den Bundesausgaben massiv zurückgegangen ist zugunsten anderer wichtiger Aufgaben - wie soziale Wohlfahrt, Unterricht und Forschung, Verkehr. Diese drei Aufgaben beanspruchen zusätzlich, im Gegensatz zur Landesverteidigung, auch bei den Kantonen und Gemeinden einen bedeutenden Teil des Haushaltes. Die Militärausgaben werden schon lange in Berücksichtigung anderer, bedeutender Staatsaufgaben festgesetzt, und sie müssen sich ebenfalls dem Gesamtfinanzrahmen anpassen.

### Landesverteidigung nicht minderer Bedeutung

Es ist mit aller Vehemenz dagegen anzukämpfen, dass die Landesverteidigung im Gegensatz zum Zweckartikel der Bundesverfassung zu einer Staatsaufgabe minderer Bedeutung gemacht werden soll. Gerade die finanziellen Grenzen, die auch den Militärausgaben gesetzt sind, haben immer wieder zur Streichung, zum Aufschub oder zur Reduktion von an sich wichtigen militärischen Vorhaben geführt.

Dass der Verdacht nicht unbegründet ist, wonach es den meisten Promotoren des Rüstungsreferendums darum geht, eine langfristige Rüstungspolitik in Frage zu

stellen und damit letztlich der Landesverteidigung zu schaden, geht aus einem Detail des Initiativtextes hervor: Der geforderten Referendumpflicht für Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme. Im Klartext bedeutet dies, dass schon die Vorstufe zu einem Beschaffungsantrag an Bundesrat und Parlament Gegenstand eines Abstimmungskampfes sein könnte. Die Mittel für die Durchführung von Versuchen, die darüber Aufschluss geben sollen, welcher Panzer, welcher Flugzeug, welche Panzerabwehrwaffe unseren Anforderungen genügen, soll ebenfalls der Möglichkeit einer Volksabstimmung unterworfen werden. Diese Bestimmung im Initiativtext kann nur dem Zweck dienen, die Modernisierung unserer Armee, die Verbesserung der Ausrüstung unserer Soldaten bereits im Keim zu ersticken.

#### Klare Absage

Die geforderte Unterstellung von Rüstungs- und Bauvorhaben unter das fakultative Referendum hat mit dem Ausbau der Demokratie nichts zu tun. Zielscheibe des Rüstungsreferendums ist die Fähigkeit unserer Armee, ihren friedenserhaltenden Auftrag zu erfüllen. Diesem schlecht getarnten Anschlag auf eine glaubwürdige Armee und Landesverteidigung muss am Wochenende des 5. April an der Urne eine klare Absage erteilt werden.

## DIE WAHRE STOSSRICHTUNG

=====

### Hintergründiges zum Rüstungsreferendum

von FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan, Zofingen (AG)

Unsere Armee ist nicht, wie es "Friedensbewegte" immer wieder behaupten, ein Kriegsinstrument, sondern im Rahmen der Strategie des hohen Eintrittspreises und der Gesamtverteidigung ein entscheidendes Mittel zur Wahrung des Friedens in Freiheit und Unabhängigkeit. Unsere Armee ist eine Friedensarmee "par excellence". Würden alle Staaten dieser Welt nur Verteidigungsstreitkräfte unterhalten wie die Schweiz, würde sich der internationale Frieden auf besserem Wege befinden als heute !

Unsere Armee ist aber nicht nur ein überzeugendes Instrument zur Friedenssicherung, sondern auch ein preisgünstiges. Sie begnügt sich nämlich mit gut zwei Milliarden Franken pro Jahr für die eigentlichen militärischen Investitionen. Das sind rund 50 Prozent der Gesamtausgaben für die militärische Landesverteidigung. Die andere Hälfte wird für die laufenden Ausgaben benötigt. Dieses Verhältnis sucht seinesgleichen bei anderen Armeen und ist nicht zuletzt dem Milizsystem zu verdanken. Von "unnützer Verschleuderung" von Milliarden, wie immer wieder behauptet wird, kann keine Rede sein.

### Warum nur für Landesverteidigung?

Nun soll ausgerechnet für die militärischen Investitionen ein isoliertes Finanzreferendum, wie es der Bund sonst auf keinem Aufgabengebiet kennt, eingeführt werden. Wenn schon ein Finanzreferendum, warum dann nicht auch für die übrigen grossen Ausgabengruppen des Bundes - die Rahmenkredite zur Förderung von Bildung und Forschung, für die Entwicklungshilfe, die Landwirt-

schaft, die Wohnbauförderung usw? Aber da wollten sich eben die Initianten des Rüstungsreferendums, das am 5. April zur Abstimmung gelangt, die Finger nicht verbrennen. Die wahre Stossrichtung dieser Initiative liegt nicht in der Vermehrung der Volksrechte, wie die Initianten vorgeben, sondern in der Verzögerung und Erschwerung der heute schon langfädigen und zum Teil mühsamen Rüstungsbeschaffung und damit in einer Schwächung der Landesverteidigung.

### Wolf im Schafspelz

Ziel unserer Verteidigungsanstrengungen ist, den Eintrittspreis möglichst hoch anzusetzen, damit wir nicht in einen Konflikt hineingezogen werden. Wenn diese Zielsetzung unter dem heutigen Bedrohungsbild mit den äusserst kurzen Vorwarnzeiten aufrechterhalten werden soll, muss die Beschaffung von Rüstungsgütern verstetigt und beschleunigt und nicht verzögert und Zufällen ausgesetzt werden. Ein Referendum würde zu einer Verlängerung der Beschaffungsfristen führen.

Was da unter dem Mantel der Volksrechte und zum Teil dem Argument des Sparens zugunsten der Bundesfinanzen bzw. zugunsten anderer Aufgabengebiete daherkommt, ist ein Wolf im Schafspelz. Ihm ist aus den genannten Gründen der Garaus zu machen. Deshalb am 5. April Nein zum Rüstungsreferendum.

Nein zum Rüstungsreferendum:

Ein Nein mit Signalwirkung!

Der schweizerischen Sicherheitspolitik ist es zu verdanken, dass unser Land weder in den Strudel der Ereignisse des Ersten noch des Zweiten Weltkrieges hineingerissen worden ist. Die Tatsache, dass die Schweiz willens und vorbereitet war, einen Abwehrkampf zu führen, hat alle möglichen Gegner von einem Angriff abgeschreckt. Das Bild ging um von einem an und für sich harmlosen Igel, der sich aber, wenn er sich in Gefahr wähnt und in sich zusammengerollt seine Stacheln zeigt, zu einem widerborstigen Widersacher entwickeln kann, von dem man besser die Finger lässt. Die bedingungslose und gegen aussen auch signalisierte Verteidigungsbereitschaft der Schweiz hat den Frieden in unserem Land gesichert. Dies wäre allerdings ohne eine zeitgemäss bewaffnete und ausgerüstete Armee nicht möglich gewesen. Wenn wir unsere bewährte Sicherheitspolitik fortsetzen und das Ziel der Friedenssicherung weiterverfolgen wollen, brauchen wir auch in Zukunft eine starke Armee; wir müssen auch in den kommenden Jahrzehnten Krieg führen können, um nicht Krieg führen zu müssen. Deshalb müssen wir auch den Initianten des sogenannten Rüstungsreferendums, welche mit dem Lockvogelruf "mehr Demokratie" Stimmenfang betreiben, in Wirklichkeit aber die Schlagkraft unserer Armee untergraben und sie schwächen wollen, eine unmissverständlich deutliche Abfuhr erteilen. Unmissverständlich deutlich deshalb, weil im Ausland nicht der Eindruck entstehen darf, unser beeindruckender Wehrwille und die entschlossene Verteidigungsbereitschaft, welche die Schweiz vor zwei Weltkriegen bewahrt hat, sei im Nachlassen begriffen. Es gilt aber auch, ein Zeichen zu setzen, das in der Schweiz selber verstanden wird. Und zwar von den Armeegegnern, die mit ihrer bei der Unterschriftensammlung geleisteten Schützenhilfe wesentlich zum Zustandekommen des Rüstungsreferendums beigetragen und mit der abstimmungsreifen Abschaffungsinitiative bereits gröberes Geschütz in Stellung gebracht haben. Eine deutliche Verwerfung des Rüstungsreferendums wird den Armeegegnern die Funktionsuntüchtigkeit ihres Instrumentes der Staatsgefährdung signalisieren und ihnen vor Augen führen, dass sie damit hierzulande keine Wirkung erzielen und keinen Schaden anrichten werden.

Die Antwort auf die am 5. April dieses Jahres zur Abstimmung gelangende Volksinitiative "für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben" kann nur ein unzweideutiges Nein sein. Im Interesse unseres Landes und jedes einzelnen Schweizer.

Hanspeter Merz